

Antrag 2022/II/Recht/13

Kreis Eimsbüttel

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Alleinerziehende entlasten: Kindergeld nur halb auf Unterhaltsvorschuss anrechnen

- 1 Der Landesparteitag möge zur Überweisung an den Bundesparteitag beschließen:
- 2 Wir fordern die Bundes-SPD auf,
- 3 Alleinerziehende angesichts der enormen Preissteigerungen durch die Energiekrise und Infla-
- 4 tion endlich deutlich und nachhaltig zu entlasten, indem die Anrechnung des vollen Kindergel-
- 5 des auf den Unterhaltsvorschuss wieder abgeschafft und zur gleichen Regelung wie im zivilen
- 6 Unterhaltsrecht – der nur hälftigen Anrechnung des Kindergeldes bei Unterhaltszahlungen -
- 7 zurückgekehrt wird.

8 Begründung

9 Alleinerziehende unterliegen als Bevölkerungsgruppe bereits vor der aktuellen Krisensituation
10 dem höchsten Armutsrisiko in der Bevölkerung, zuletzt laut destatis von 42%. Rund 75% von
11 ihnen erhalten für ihre Kinder keinen regelmäßigen, verlässlichen Mindestunterhalt , der die
12 Existenz der Kinder absichern helfen soll. In diesen Fällen springt der Staat ein, indem er ihnen
13 Unterhaltsvorschuss in Höhe des Mindestunterhalts gewährt, der später vom unterhaltspflich-
14 tigen Elternteil, sofern möglich, wieder zurückgeholt wird. Seit 2008 wird vom Unterhaltsvor-
15 schuss nicht nur das halbe Kindergeld wie im Unterhaltsrecht, sondern das volle Kindergeld
16 abgezogen.

17 Das führt regelmäßig dazu, dass jede Erhöhung des Kindergeldes bei Empfänger*innen von Un-
18 terhaltsvorschuss nicht ankommt, sondern sie eine Nullrunde nach der anderen hinnehmen
19 müssen. Angesichts der hohen Quote von Kinderarmut und dem hohen Anteil davon betrof-
20 fener Kinder in Ein-Eltern-Familien ist es ein Gebot der Stunde, Alleinerziehende mit Unter-
21 haltsvorschuss endlich langfristig und nachhaltig zu entlasten, ihnen nur das halbe Kindergeld
22 auf den Unterhaltsvorschuss anzurechnen und sie damit den alleinerziehenden Elternteilen
23 gleichzustellen, die regulären Unterhalt erhalten.

24